

Botschaften und Forderungen zum Thema:

Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung

Bürokratieabbau weiterhin auf der Agenda

Die Große Koalition hält an dem 2006 eingeführten Programm "Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung" fest. Der neue Koalitionsvertrag enthält hierzu ein eindeutiges Bekenntnis. Derzeit bereitet die Bundesregierung die nächsten Schritte vor. Ein neues konkretes Abbauziel hat sie bis dato allerdings noch nicht verabschiedet.

Bis Ende 2011 hatte die Bundesregierung die Kosten aus bestehenden Gesetzen und Verordnungen um netto 22 Prozent reduziert. Ende März 2012 wurden weitere Maßnahmen beschlossen, um eine Reduktion um 25 Prozent zu erreichen und die Belastungen durch Bürokratie dauerhaft auf niedrigem Niveau zu halten. Damit wird die im Jahr 2006 gemessene Ausgangsbelastung von 49 Milliarden Euro um 12,3 Milliarden Euro jährlich reduziert.

Normenkontrollrat prüft Effizienz neuer Gesetzentwürfe

Der Normenkontrollrat (NKR) überprüft neue Gesetzentwürfe daraufhin, ob die erzeugten Bürokratiekosten notwendig sind und ob das zuständige Ministerium die kostengünstigste Variante gewählt hat. Ist eine effizientere Lösung möglich, gibt der NKR eine entsprechende Stellungnahme ab. Zudem müssen seit März 2011 die Bundesministerien bei neuen Gesetzentwürfen umfassend alle Folgekosten für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung ausweisen und dem NKR zur Stellungnahme vorlegen.

Mandat des Normenkontrollrats auf den Erfüllungsaufwand erweitert

Mit der Erweiterung des NKR-Mandates, die seit März 2011 in Kraft ist, werden neben den Informationspflichten auch der Erfüllungsaufwand berücksichtigt; z.B. Kosten für Maßnahmen zur Einhaltung von Standards und Grenzwerten. Diese machen in der Regel den größeren Teil der Bürokratie- und Regulierungskosten für die Unternehmen aus. Mit der Mandatserweiterung ist eine wichtige VCI-Forderung erfüllt worden.

Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung stärken das Industrieland Deutschland

Gesetze sollten von Anfang an so effizient gestaltet werden, dass möglichst geringe Bürokratiekosten entstehen. Weniger Bürokratie senkt die Kosten in den Unternehmen, steigert deren Wettbewerbsfähigkeit und verbessert die Qualität Deutschlands als Industriestandort.

VCI-FORDERUNGEN

1. Ganzheitlicher Bürokratieabbau

Das Reduktionsziel in Höhe von 25 Prozent sollte künftig auch auf die Erfüllungskosten der Regulierung ausgedehnt werden. Nur so wird die Wirtschaft spürbar entlastet.

2. Lösungskompetenz der Industrie weiter nutzen

Es ist notwendig, die Belastungen durch Gesetze und andere Vorschriften zuverlässig zu schätzen und die Potenziale für Effizienzsteigerungen zu nutzen. Die Unternehmen können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Deshalb sollten beim Bürokratieabbau alle Betroffenen weiter eng eingebunden werden.

3. Deutsches Modell auf Europa übertragen

Das Ziel der EU, die Verwaltungslasten um 25 Prozent zu senken, ist zu begrüßen. Die Maßnahmen zeigen bislang jedoch wenig Wirkung. Das deutsche Modell ist erfolgreich. Daher sollte die Folgenabschätzung zu neuen Rechtsvorhaben durch ein unabhängiges Gremium analog zum NKR überprüft und bewertet werden. Die EU-Kommission hat sich in ihrer Mitteilung vom Oktober 2010 jedoch gegen diesen Vorschlag ausgesprochen. Unabhängig davon setzt die Kommission zurzeit wichtige Verbesserungen bei den Folgenabschätzungen um, wie die Durchführung eines Wettbewerbsfähigkeitschecks. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, hin zu einer ausgewogeneren Regulierungskultur.